twoch, 27. Juni 1923 * 52. Jahrgang

Abend-Ausgabe

Einzelnummer 500 M.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Nr. 298

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Die Verstärkung der englischen Luftflotte.

mütige Zustimmung der Londoner Presse.

Der notwendige „Heimatschutz".

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

△ **London,** 27. Juni.

as wichtigste Ereignis der Woche ist das neue Luftflotten-gramm, das nach seiner Durchführung fast auf eine Ver-pelung der englischen Luftflotte hinausläuft. Interessant ist Gedanke, mit der Luftflotte mehr in die Industriezentren ehen, wo die Ersatzmannschaften leichter unter den dor-Mechanikern und Technikern gefunden und ausgebildet werden ten. Sämtliche Morgenblätter widmen dem neuen Programm Leitartikel, in denen das Regierungsprogramm mit auffälliger mütigkeit gebilligt wird. Höchstens wird daran aus-t, daß das Programm nicht noch weiter gehe. Betont die Notwendigkeit, zu einem internationalen Abrüstungs-trag zu kommen, auf den auch Baldwin hingewiesen hat. in allem hat Baldwin das ganze Land hinter sich. dürfte seine Stellung wiederum stärken.

ie „Times" schreiben, der ganze Zweck des neuen Programms sei Verteidigung der Heimat und nichts weiter. England, so habe win erklärt, müsse zur Luft so stark sein, um sich gegen die kräfte auswärtige Macht verteidigen zu können. Auf m Grundsatz beruhe die Sicherheit und das Wohlergehen des schen Volkes und des Imperiums. Denn wenn das Herz ge-nt werde, was unter den gegenwärtigen Umständen geschehen e, so müßten die anderen Glieder mit zugrunde gehen oder auf-n. Glieder des Körpers zu sein. Das englische Volk werde die Re-ung wegen dieser Politik nicht kritisieren, denn alle Parteien ands hätten die schwere Gefahr erkannt, die England te als Luftmacht bedrohe. Hoffentlich komme es zu Vereinbarung über die Beschränkung der trüstungen, denn ein Wettrüsten zur Luft zwischen and und Frankreich und auch zwischen England und Rußland, zehntausend Luftfahrzeuge bauen wolle, sei, abgesehen den Ausgaben, ein Wahnsinn, dessen zivilisierte Völker nicht fähig sollten. Die „Times" glauben, daß man dies auch in Frankreich he, zumal wenn Frankreich eines Tages anerkenne, daß seine grenze durch vernünftige Mittel geschützt werden e. Die schwierigste Frage in dem neuen Luftflottenprogramm die Mannschaftsfrage. Denn der Bau von Luftfahrzeugen sei ältnismäßig einfach, Flugzeugführer und Mannschaften könnten nicht von einem Tage zum andern ausgebildet werden.

er politische Berichterstatter des „Manchester Guardian" ibt, seit einem oder zwei Jahren habe natürlich beträchtene Besorgnis wegen der überwältigenden erlegenheit der französischen Luftstreitfte bestanden. Diese Vergleiche seien unvermeidlich und uteten sicherlich weder Feindschaft gegenüber Frankreich, noch ndeine Tendenz, Frankreich zum Schreckgespenst des Augenblicks machen. Das britische Volk vergegenwärtige sich jedoch, wie ver-dbar ein engbevölkertes Industrieland, dessen Großstädte den üssel seiner Existenz bildeten, durch Angriffe aus der Luft sei. eidigung sei das Motiv.

Star" sagt, nur ein Tor werde jetzt noch glauben, daß man h Vermehrung der Rüstungen die Friedensaussichten vergrößere. Schlüssel zur Lage bilde Frankreich. Frankreich häufe seine tstreitkräfte in wahnsinnigem Maße an. Ende werde es ungefähr 2000 Flugzeuge besitzen. Gegen wen den diese riesigen Streitkräfte vorbereitet? Es könne nicht gegen schland sein, da Deutschland entwaffnet sei. Frank-könne protestieren, soviel es wolle, aber da Deutschland un-affnet sei, bleibe nur noch England als möglicher Feind. „Star" t, ob es nicht unglaublich sei, daß im Jahre 1923, vier Jahre dem Friedensvertrag, der Alliierte Englands im Kriege, mit und für den England geblutet habe, England durch die Be-ung mit diesen vor Englands Tür konzentrierten Vorbereitungen zwinge, seine bereits geschmälerten Hilfsquellen noch weiter zu schwächen. Es sei die Pflicht der britischen Regierung, diese Bedrohung zur Kenntnis zu nehmen. Die Verantwortung liege klarer Weise bei Frankreich.

London, 27. Juni. (E. E.)

Lord Curzon empfing gestern den deutschen Botschafter Dr. Sthamer zu längeren Besprechungen.

Die Pariser Presse zu den Erklärungen Baldwins.

Sinnlose Hinweise auf die „deutsche Gefahr". — „Frankreich muß die größte Luftmacht der Welt bleiben".

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

L Paris, 27. Juni.

Die Erklärungen Baldwins über die notwendige Verstärkung der englischen Luftflotte haben in Paris eine seltsame Wirkung gehabt. Während die Worte des englischen Premierministers, daß „England imstande sein müßte, sich im Notfall gegen die stärkste Luftflotte der Welt zu verteidigen", unter den jetzigen Verhältnissen nur an die Adresse Frankreichs gerichtet sein konnten, bemühen sich jetzt einige französische Zeitungen, diesen Satz so zu deuten, als wenn Baldwin an eine deutsche Gefahr gedacht hätte. Pertinax schreibt im „Echo de Paris", daß noch während einer ganzen Generation der Vertrag von Versailles durch die Macht aufrechterhalten werden könne. Es wäre sehr erfreulich, zu konstatieren, daß die englischen Freunde sich darauf einrichten wollen, in militärischen Angelegenheiten auf der Höhe zu sein. Die „guten Leute" in England, die dem französischen Militarismus die Schuld an der neuen Belastung geben möchten, würden bald einsehen, daß die englischen Vorbereitungen nur durch die deutsche Gefahr (!) veranlaßt würden. Sie müßten die furchtbaren Folgen überleben, welche die Fortdauer einer deutschen Luftgefahr haben könnten, auch wenn die deutsche Luftflotte angeblich nur dem Handel und dem Verkehr dienen solle. Der „Gaulois" tritt jedoch dafür ein, jetzt auch die französische Luftflotte zu vergrößern. Die wenigen Kredite dürften nicht verweigert werden, denn Frankreich **müsse die größte Luftmacht der Welt bleiben.** Damit beginnt ein Wettrüsten, auf dessen Gefahren bereits einige radikale Zeitungen hindeuten.

Die Erklärung, daß England die Zahl seiner Luftschiffe vermehren wolle, um sich gegen Deutschland zu schützen, ist so lächerlich, daß nicht einmal die Leute an sie glauben können, die heute lange Artikel über diesen Unsinn schreiben. Das „Echo de Paris" arbeitet darauf hin, den ganzen Luftschiffverkehr Deutschlands zu unterdrücken, um der französischen Konkurrenz den Weg frei zu machen. Die Engländer haben dagegen in Gemeinschaft mit Deutschland eine regelmäßige Luftschiffverbindung zwischen London und Berlin hergestellt und denken nach Mitteilungen englischer Blätter daran, diesen Verkehr noch weiter auszubauen. Diese Tatsache ist dem „Echo de Paris" nicht unbekannt. Denn diese Zeitung hat einige mürrische Bemerkungen über die ersten gelungenen Flüge gebracht. Um so sinnloser ist der Versuch des Herrn Pertinax, aus den Worten Baldwins eine deutschfeindliche Bedeutung herauszudeuten.

Zu den Erklärungen des englischen Ministerpräsidenten über die Luftschiffahrt schreibt „Chicago Tribune", trotz des erweiterten englischen Luftprogramms werde Frankreich der unbestrittene Herr in der Luft bleiben. Seine Ueberlegenheit werde nicht in der Tatsache liegen, daß die französische Armee 1260 nach dem Krieg gebaute Flugzeuge im Dienst habe, während England über weniger als 400 verfüge, sondern darin, daß Frankreich fünf- bis zehnmal größere Aufwendungen für Militärluftfahrt machen könne als Großbritannien und die Vereinigten Staaten.

Das Brot für die Minderbemittelten

Nach Fortfall des Markenbrotes.

Von [Nachdruck verboten.]

Oberbürgermeister **Dr. Haymann,**
Beigeordneten des Deutschen Städtetages.

Der 20. Juni 1923 ist in der Geschichte der Kriegs- und Nachkriegswirtschaft von besonderer Bedeutung. An diesem Tage hat der Reichstag die Beendigung der öffentlichen Brotversorgung zum 15. September, spätestens zum 15. Oktober, beschlossen. Die Kommunalverwaltungen werden von einer schweren Aufgabe befreit, die sie fast neun Jahre lang durchgeführt haben.

Der Preis für die Aufhebung der Brotgetreidezwangswirtschaft war die Bedingung, daß dem „bedürftigen Teile der Bevölkerung" eine Brotpreiserleichterung zugewährt ist. Dies soll durch besondere auf der Grundlage der Zwangsanleihe aufzubringende Reichsmittel geschehen. Der Kreis der Bedürftigen ist — ohne im Gesetze festgelegt zu sein — bestehen geblieben, wie er schon in einer Vorentschließung des Reichstages im Frühjahr umschrieben war: Sozialrentner, Kleinrentner, Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene, Erwerbslose, Armengeldempfänger und Kinderreiche. Wie die Preiserleichterung gewährt werden soll, hängt von der Ausführung des neuen Gesetzes durch Reichsregierung und Reichsrat ab. Man denkt natürlich in erster Linie daran, ebenso zu verfahren, wie es gegenüber der Geldentwertung allgemein geschieht, das heißt im Zusammenhange mit der sogenannten Kriegsfolgenhilfe für die genannten Personengruppen, nicht etwa, wie es sich manche wohl vorstellen, durch besondere Brotstellen, die jedem Empfangsberechtigten einen Verbilligungsbetrag für ein oder mehrere Brote in barem Gelde oder in Gutscheinen auszahlen. Daß dies letztere verfehlt wäre, soll nachstehend dargelegt werden.

Heute erhält die große Masse der Bevölkerung, das heißt weit mehr als 90 Prozent der Nichtselbstversorger, billigeres Markenbrot. Die wenigen sogenannten Bemittelten werden vom Empfange der Brotkarten ausgeschlossen, nicht etwa durch eine — als unmöglich erkannte — besondere Verwaltungstätigkeit der Gemeinden, sondern im wesentlichen durch Selbsteinschätzung der Bemittelten, mit Strafandrohung für unbefugte Brotkartenentnahme. Ganz anders ist die neue Lage: Das Anteilsverhältnis der Bevorzugten ist zwar umgekehrt — Erleichterung erhalten nur etwas mehr als 10 Prozent der Bevölkerung. Jedoch muß die Reichshilfe, die bisher der großen Masse fast ohne Unterscheidung zuteil geworden war, an jeden einzelnen der sieben Millionen Menschen herangebracht werden. Vereinfacht wird diese Aufgabe dadurch, daß die zu bedenkenden Personengruppen, mit Ausnahme der Kinderreichen, bereits verwaltungsmäßig erfaßt sind. Da es nicht mehr zweierlei Brot gibt, Markenbrot und freies Brot, auch nicht zweierlei Preise, so könnte der Brotbezug nicht anders erleichtert werden als durch Geld oder Gutscheine.

Geld in Form von besonders ausgewiesenem Brotgeld (für höchstens vier Wochen) auszugeben, wäre, wie gesagt, höchst unpraktisch. Die laufenden Feststellungen, ob der Anspruch besteht und wie groß er jeweils ist, können nicht durch besondere, losgelöste Verwaltungsstellen geschehen, die etwa den bisherigen Brotkartenausgabestellen entsprechen würden. Diese haben gar nicht die Unterlagen für die Beurteilung der Bedürftigkeit. Vielmehr kann die Prüfung nur dort erfolgen, wo die gesamten Lebensverhältnisse bekannt sind, nämlich bei den Fürsorgestellen für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene, für Sozialrentner usw. Wozu dann also die ganz unnötige Umständlichkeit eines fortwährend sich ändernden, verhältnismäßig geringen Brotgeldes, wenn sich die Brotverteuerung doch in einer Summe mit den Gesamtbezügen durch Rücksicht auf den Brotpreis leicht ausgleichen läßt! Dies ist sowohl nach den wirklich reichen Erfahrungen der Kommunalverwaltungen als auch vom Standpunkte der Empfangsberechtigten selbst der einzig richtige Weg.

Wollte man wirklich Brotgeldzuschüsse geben, so müßte ein Verteilungsschlüssel für alle Gemeinden gesucht werden, der kein anderer sein könnte als derjenige für die allgemeinen Unterstützungen für Militär- und Zivilrentner usw. Dies allein zeigt schon den Zusammenhang. Ja, es wäre sogar folgerichtig, die besonders aufkommenden Reichsmittel für die Brotpreiserleichterung zwar nach dem Gesamtbedürfnis (etwa zwei Fünftel des Brotpreises sollen die Norm sein) zu bemessen, sie jedoch den allgemeinen vom Reichsarbeitsministerium zu verteilenden Mitteln einfach zuzuschlagen. Dies Verfahren schließt die Forderung der Gemeinden nicht aus, daß das Reich die Last der Brotpreishilfe nicht etwa auf die ohnehin überbelasteten Kommunen teilweise abwälzt.

Die innere Verbindung der Angelegenheit mit der Kriegsfolgenhilfe zeigt sich ferner darin, daß der höhere Brotpreis für die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen nach der Novelle zum Reichsversorgungsgesetze infolge Neueinführung des Beamtenteuerungszuschlags bei Bemessung der Teuerungszulagen und der Zusatzrenten ohnehin zu berücksichtigen ist und daß dies auch für alle übrigen Gruppen in ähnlicher Weise zu geschehen hat, soweit Reichseinheitssätze für die Unterstützungsbeträge festgesetzt sind. Die Armen müssen bereits nach der Armengesetzgebung das Nötige erhalten. Insofern bringt das neue Gesetz überhaupt nur die Finanzierung des Fürsorgemehrbedarfs und keine neue Fürsorge. Eine Ausnahme bilden lediglich die Kinderreichen, die bedacht werden sollen allein in dem Falle, wenn sie infolge ihres Kinderreichtums bedürftig geworden sind. Diese Abgrenzung

Der Hochverratsprozeß gegen Judet.

Heute Beginn der Verhandlungen.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

L Paris, 27. Juni.

eute mittag beginnt vor dem Schwurgericht die Verhandlung n den früheren Herausgeber des „Eclair", Ernest Judet, am 3. Februar im Versäumnisverfahren wegen angeb-n hochverräterischen Verkehrs mit deutschen Diplomaten ebenslänglicher Deportation verurteilt worden ist.

eine kurze Erinnerung an die Vorgeschichte dieser Angelegenheit notwendig. Die erste Beschuldigung ging von der Frau des weizer Malers Hans Bossard aus, die eine Scheidungsklage n ihren Mann eingereicht hatte, und im November 1918 dem itärattaché der französischen Botschaft in Bern Mitteilungen r die angebliche Verbindung ihres Gatten und seines Freundes mit dem deutschen Botschafter Herrn v. Romberg machte. Villa Bossards lag in der Nähe der deutschen Botschaft in Bern. — u Bossard und ihre Köchin erzählten Geschichten von nächtlichen ammenkünften und großen Summen, die Bossard empfangen e. Inzwischen hatte auch die politische Polizei in Paris sich mit Denunziationen gegen Judet zu beschäftigen. Es r die Zeit der Spionenriecherei. Alle nationalen Leidenschaften ren aufs stärkste erregt. Der Krieg ging zu Ende. Jeder, der im dacht stand, den Enderfolg durch Verhandlungen mit dem tschen Feind zu schädigen, wurde erbarmungslos verfolgt. det brachte sich selbst in Verdacht, als er zu Anfang des Jahres 1918 ne Wohnung in Neuilly verließ und nach der Schweiz übersiedelte. e „Beweisstücke", auf welche die Anklage sich stützt, wurden aber t im Mai 1919 gefunden, als der Krieg bereits zu Ende war. den deutschen Archiven, die in Brüssel zurückgelassen waren, entdeckten, wie behauptet wird, französische Beamte zwei Telegramme und zwei Briefe, die im Dezember 1914 und im Februar 1915 zwischen dem Staatssekretär von Jagow und dem Baron von der Lancken-Wakenitz (vor dem Kriege erster Botschaftsrat der deutschen Botschaft in Paris und während des Krieges Bevollmächtigter in Brüssel) gewechselt sein sollen. In diesen Briefen und Telegrammen wurde über den Plan gesprochen, Judet für die deutsche Propaganda in Frankreich zu kaufen. Vermittler war der Maler Bossard, der mit dem Decknamen Pilatus bezeichnet wurde. Der Preis der Bestechung war nach einigem Zögern auf zwei Millionen vereinbart worden. Die Anklage behauptet, Judet habe sich für dieses Geld verpflichtet, seinen persönlichen Einfluß und seine Zeitung „Eclair" in den Dienst Deutschlands zu stellen. Er habe Beziehungen zu dem Botschafter von Romberg unterhalten und sei auch in Audienz vom Papst empfangen worden.

Dies ist die Anklage, gegen die Judet sich zu verteidigen hat. Er hat die Angaben für falsch erklärt und will für diese Behauptung den Beweis erbringen. Die Zeugen, welche die Verteidigung geladen hat, sind zum großen Teil bekannte Persönlichkeiten der Republik: Der frühere Präsident Loubet, drei ehemalige Ministerpräsidenten, Charles Dupuy, Jules Meline und Paul Painlevé, der frühere Außenminister Hanotaux, der General Marchand, dessen Name aus der Faschoda-Affäre bekannt ist, zahlreiche Schriftsteller und Pariser Persönlichkeiten. Die Zeugen der Anklage sind dagegen wenig bemerkenswert; die geschiedene Frau Bossard, ihr zweiter Rechtsberater, einige Beamte des Ministeriums des Innern und des diplomatischen Dienstes. Der Vorsitzende des Gerichts ist der Rat Gilbert, ein bekannter Leiter für Verhandlungen in Sensationsprozessen; die Anklage vertritt der Generalstaatsanwalt Lescouvé, der sich vor kurzem mit der Anklage gegen einige Kommunisten einen Mißerfolg geholt hat.